

29. DEZ. 1993

Gemeindewappen

**GEMEINDE URBACH
Rems-Murr-Kreis**

Satzung

über die Zulässigkeit von Satellitenempfangs- und Antennenanlagen

Der Gemeinderat der Gemeinde Urbach hat am 24. August 1993 aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 3. Oktober 1983 (GBl. S. 578, 720) und § 73 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3, Abs. 5, 6 und § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. November 1983 (GBl. S. 770, ber. 1984 S. 519), zuletzt geändert am 8. Januar 1990 (GBl. S. 1) folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Gegenstand**

Zweck dieser Satzung ist der Schutz der Sanierungsgebiete sowie die Erhaltung und Bewahrung des gewachsenen Ortsgebiets und des daraus resultierenden Ortsbildes vor Beeinträchtigung durch Satellitenempfangs- und Antennenanlagen. Ergänzend hierzu werden die in Anlage 2 zu dieser Satzung genannten Bebauungspläne geändert bzw. ergänzt.

**§ 2
Begriffsbestimmungen**

- (1) Satellitenempfangsanlagen im Sinne dieser Satzung sind einzelne Reflektorenschalen (Parabolantennen) und Plannarantennen einschließlich ihrer Trägervorrichtungen.
- (2) Antennenanlagen im Sinne dieser Satzung sind einzelne Antennenanlagen oder Außenantennen zum Empfang der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten einschließlich ihrer Trägervorrichtungen.
- (3) Dem Errichten steht das Aufstellen, Anbringen, Anbauen oder Ändern gleich.

SATSATZ.TXT/BAULEIT

§ 3

Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen

Die Errichtung von mehr als einer Trägervorrichtung für Rundfunk- oder Fernsehantenne und einer Satellitenempfangsanlage auf oder an einem Gebäude ist ebenso wie die Errichtung entsprechender Antennenanlagen auf einem Grundstück unzulässig.

Außenantennen sowie Satellitenanlagen sind unzulässig, soweit der Anschluß an eine Gemeinschaftsantenne bzw. an eine Breitbandverkabelung möglich und zumutbar ist.

Ausnahmen sind möglich, sofern technische Belange dies für erforderlich erachten lassen. Die weitergehenden Vorschriften für Satellitenempfangs- und Antennenanlagen nach dieser Satzung oder nach anderen Rechtsvorschriften bleiben hiervon unberührt.

§ 4

Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen

- (1) In den Bereichen der ausgewiesenen Flächen der Sanierungsgebiete

- "Ortsmitte I, Urbach-Nord"
- "Ortsmitte I, Urbach-Süd"
- "Ortsmitte II, Schloßstraße-Haubersbronner Straße"

ist die Errichtung von Satellitenempfangsanlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 dieser Satzung unzulässig, soweit hierdurch Gesamtanlagen im Sinne von § 19 Denkmalschutzgesetz, insbesondere Straßen-, Platz- und Ortsbilder, an deren Erhaltung aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatgeschichtlichen Gründen ein besonderes öffentliches Interesse besteht, negativ beeinträchtigt werden und die Möglichkeit zum Anschluß an eine Breitbandverkabelung besteht.

Maßgebend für das Gebiet der Sanierungsgebiete im Sinne dieser Satzung sind die Lagepläne in Anlage 1 dieser Satzung. Die Anlage 1 ist Bestandteil dieser Satzung.

- (2) In den Bereichen der in der Anlage 2 genannten Bebauungspläne sowie in den in der Anlage 3 genannten Straßenzügen, die aufgrund ihrer Nutzung oder der Eigenart der Umgebung einem

- reinen Wohngebiet (§ 3 BauNVO),
- allgemeinen Wohngebiet (§ 4 BauNVO),
- Dorfgebiet (§ 5 BauNVO),
- Mischgebiet (§ 6 BauNVO) oder
- Kerngebiet (§ 7 BauNVO)

in Verbindung mit § 34 Abs. 2 BauGB entsprechen, sind Satellitenempfangs- und Antennenanlagen unter Beachtung der Vorschriften nach § 5 dieser Satzung zulässig.

- (3) Die Zulässigkeitsvoraussetzungen und Gestaltungsvorschriften gelten nicht in Industrie- und Gewerbegebieten, die durch Bebauungspläne als Industrie- oder Gewerbegebiete nach §§ 8 und 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen sind. Auch für die Gebiete der in Anlage 4 genannten Straßenzüge, die aufgrund ihrer Nutzung und der Eigenart der Umgebung einem dieser Baugebiete entsprechen (§ 34 Abs. 2 BauGB), findet die Satzung keine Anwendung.

§ 5

Gestaltungsanforderungen für Satellitenempfangs- und Antennenanlagen

- (1) Satellitenempfangsanlagen gemäß § 2 Abs. 1 dieser Satzung sind mit ihrer direkten Umgebung derart in Einklang zu bringen, daß sie aufgrund ihrer Gestaltung, Platzierung, Größe und Farbgebung nicht als Fremdkörper in Erscheinung treten. Auf das äußere Erscheinungsbild von Kulturdenkmalen ist besonders Rücksicht zu nehmen. Die Vorschriften des Denkmalschutzgesetzes mit dem Zustimmungserfordernis der Denkmalschutzbehörde bleiben hiervon unberührt.
- (2) Satellitenempfangsanlagen gemäß § 2 Abs. 1 dieser Satzung sind auf der von der öffentlichen Verkehrsfläche abgewandten Dachfläche unterhalb der Firstlinie zu errichten. Alternativ hierzu ist auch die Errichtung auf dem von der öffentlichen Verkehrsfläche abgewandten Teil eines Grundstückes auf dem Erdboden zulässig, sofern eine Errichtung auf der Dachfläche nicht möglich ist. Ausnahmen sind im Einvernehmen mit der Gemeinde zulässig, soweit die geforderte Anbringung räumlich oder technisch nicht möglich ist.
- (3) Satellitenempfangsanlagen gemäß § 2 Abs. 1 dieser Satzung müssen sich den vorhandenen Farben und baulichen Besonderheiten der Gebäude oder der Umgebung anpassen. Hierbei ist darauf zu achten, daß die Anlagen sich in ihrer Farbgestaltung an die vorhandene Dachfläche anpassen. Dies kann beispielsweise durch eine ziegelrote Farbe der Satellitenempfangsanlagen sichergestellt werden. Satellitenempfangsanlagen dürfen keine weithin auffälligen Aufschriften, Farben oder sonstigen Zeichen tragen. Die Größe der Empfangsschale darf einen Durchmesser von 0,90 m nicht überschreiten.
- (4) Antennenanlagen gemäß § 2 Abs. 2 dieser Satzung sind mit ihrer direkten Umgebung derart in Einklang zu bringen, daß sie aufgrund ihrer Gestaltung, Platzierung, Größe und Farbgebung nicht als Fremdkörper in Erscheinung treten. Antennenanlagen sind auf der von der öffentlichen Verkehrsfläche abgewandten Dachfläche unterhalb der Firstlinie zu errichten. Alternativ hierzu ist auch die Errichtung auf dem von

der öffentlichen Verkehrsfläche abgewandten Teil eines Grundstückes auf dem Erdboden zulässig.

§ 6

Ausnahmen und Befreiungen

- (1) Von den Vorschriften dieser Satzung können in den Geltungsbereichen eines der in Anlage 2 genannten Bebauungspläne Ausnahmen im Einvernehmen mit der Gemeinde zugelassen werden, wenn Satellitenempfangs- und Antennenanlagen im Einzelfall wegen ihrer Größe, Farbgebung und Anbringungsarten nicht störend in Erscheinung treten.
- (2) Für die Errichtung von Satellitenempfangsanlagen gemäß § 2 Abs. 1 dieser Satzung als Gemeinschaftsanlagen können durch die untere Baurechtsbehörde Ausnahmen von den Vorschriften dieser Satzung zugelassen werden, wenn
 1. der Anschluß mehrerer Gebäude oder Grundstücke rechtlich oder tatsächlich sichergestellt ist und
 2. die Größe, der Anordnungsort und die Gestaltung der Gemeinschaftsantenne mit den Belangen dieser Satzung vereinbar ist.
- (3) Unter den Voraussetzungen des § 57 Abs. 4, 5 Landesbauordnung kann eine Ausnahme von der Einhaltung der Gestaltungsvorschriften dieser Satzung erteilt werden. Ausnahmen von den Festsetzungen wegen der Errichtung von Anlagen gemäß § 2 dieser Satzung werden nur widerruflich erteilt, bis der Anschluß an eine Breitbandverkabelung möglich ist.
- (4) Ausnahmen sind schriftlich beim Ortsbauamt der Gemeinde Urbach zu beantragen.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 74 LBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die in den §§ 3, 4 und 5 dieser Satzung getroffenen Festsetzungen verstößt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 10.000,00 DM geahndet werden.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Hinweis

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluß nach § 34 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I, S. 2253), zuletzt geändert am 22. April 1993 (BGBl. I, S. 466), bezeichneten Verfahrens- oder Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der o.g. Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel in der Abwägung innerhalb von sieben Jahren nach der Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB für die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen.

Die Satzung wurde dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis gemäß § 73 Abs. 5 Landesbauordnung (LBO) zur Genehmigung vorgelegt. Mit Schreiben vom 23. November 1993 wurde die Satzung genehmigt und die Verletzung von Rechts- und Verfahrensvorschriften nicht geltend gemacht.

Urbach, den 16. Dezember 1993

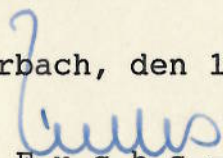
- F u c h s -
Bürgermeister

Mit Erlaß vom 23.11.1993 wurde gemäß § 11 Abs. 3 BauGB keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht.

gez. Dr. Haas

Ausfertigungsvermerk:
Die Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung am 16.12.1993 in Kraft

Urbach, den 13.12.1993


- F u c h s -
Bürgermeister



SATSATZ.TXT/BAULEIT

Anlage 1

Auflistung der Bebauungspläne nach § 1 Abs. 2 der Satzung der Gemeinde Urbach über die Zuläs

Name des Bebauungsplanes	Genehmigungs- datum	Festsetzung der Art der baulichen Nutzung
Äußere Hofackerstraße	28.09.65	WA
Äußere Hofackerstraße -Änderung	18.02.82	WA
Altenbett	17.10.66	WA
Änderung Silcherweg, Neuer Hölderlinweg	12.07.83	MI
Banrain		WA
innenstraße	13.07.64	WA
Döllen I	27.10.1958	WA
Döllen II	11.07.60	Wa
Döllen II - Änderung Gluckstr. 1-11	13.01.67	WA
Döllen III	05.11.68	WA
Döllen IV	20.02.70	WR
Döllen V	16.12.77	WR
Dölen V -Änderung-	18.01.79	WA
ene	14.02.79	WA/Grünland
pach	06.02.50	WA
Espach I	04.09.51	WR
Espach II	24.01.67	WR
Espach III	12.01.67	WR
Espach II u. III Änderung	17.07.92	WR
Friedhofstraße -Änderung-	21.09.65	WA
Größenwiesen	24.04.67	WA, Mi
Grünlandstraße - Post -	26.02.71	WA, MI
Höhe-Kürze	12.10.58	WA
Hölderlinweg	14.07.71	WA u. MI

Hofacherstraße/Ledergasse	25.08.69	WA
Kahlharz I	14.12.73	WR
Kahlharz II	14.10.77	WR
Kelterhalde -Änderung-	31.01.64	MD
Kelterhalde -Ergänzung-	10.10.67	MD
Kleiner Espach	02.06.92	WA, MI
Kleiner Espach Bausache Werner Österle	09.02.66	MI, WA
Kleines Feldle	30.01.67	MI, WA
Kleines Feldle -Änderung, Ergänzung bzw. Erweiterung-	05.02.75	MI, WA
Krebenhalde	02.02.66	WA
Krebenhalde Grund- stück Schlipf/Kübler	21.12.61	WA
Kreuzweg	20.01.64	WA
Kreuzweg -Änderung I-	12.01.71	WA
Kreuzweg -Änderung II-	01.02.71	WA
Lippengärten	27.02.68	MI
Lippengärten -Änderung II-	06.02.80	MI
Lippengärten -Änderung III-	24.09.86	MI u. WA
Merzengraben	06.03.67	WA
Mühläcker	30.10.67	WA
Mühläcker I Neu	28.03.66	WA
Mühläcker II/1	03.01.59	WA
Mühläcker III	13.07.64	WA
Mühläcker III -Änderung-	20.09.65	WA
Mühläcker IV	26.10.66	WA
Heuaufstellung See- halde sowie Kahlharz I u. II u. Untere See- halde	04.02.66	WA
Obere Schloßstraße	12.03.74	Kindergarten/WA

Östlich der kath. Kirche	25.08.88	WA
Östlich der kath. Kirch -Änderung-	09.05.84	WA
Orttobel	23.01.67	WR
Polarstraße/Orchideen- straße	11.09.73	WA
Polarstraße/Orchideen- straße -Änderung-	23.08.76	WA
Rechbergstraße 7-19	03.03.66	MI
Steinfeld I	25.04.49	WA
Steinfeld II	05.01.82	WA
Steinfeld II -Änderung I-	27.01.83	WA
Steinfeld II -Änderung II-	11.07.85	WA
Schurwaldstraße	22.04.64	WA
Untere äußere Gärten	22.04.64	WA
Untere Schurwaldstraße	28.09.65	WA
Untere Seehalde	11.02.71	WA
Untere u. Obere See- halde, Kahlharz I -Änderung-	24.10.77	WA u. WR
Urbach (Erweiterung)	02.07.64	WA, MI
Urbach -Änderung-	02.12.63	WA, MI
Urbach -Änderung-	13.07.83	WA
Zimmeräcker	10.01.67	WA
zwischen Neumühleweg und Bahnlinie	20.09.77	WA, MD u. MI
Rechbergstraße/Gartenstraße	17.03.1992	WA, MI
zwischen Schießgasse und Bachstraße	12.05.1992	WA, MI
Südliche Webergasse	02.02.1993	WA
Östlich der Haubersbronner Straße	14.05.1993	MI

Urbach, 18.08.1993

Wilhelm

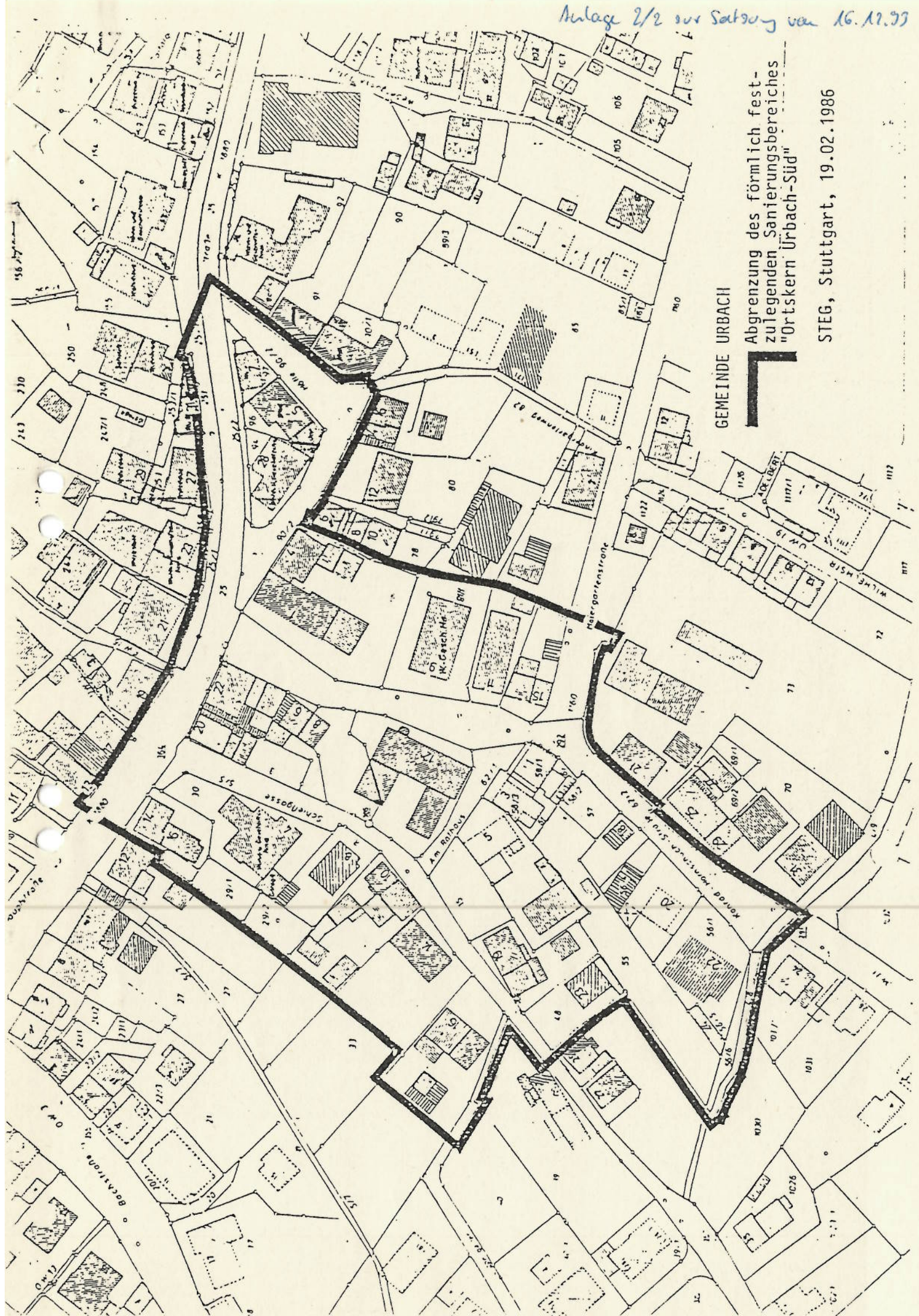
STEG, Stuttgart, 19.02.1986

Anlage 2/2 zur Satzung vom 16.12.99

GEMEINDE URBACH

Abgrenzung des förmlich fest-
zulegenden Sanierungsbereiches
"Ortskern Urbach-Süd"

STEG, Stuttgart, 19.02.1986



Anlage 2/3 zur Satzung vom 16.11.77



STÄDTISCHES
ORTSKEIM - NORD
SCHLOSSSTRASSE 7
HAUSNUMMERHAUSE
- EILTUNGSEBENEICH -
GEMEINDE UNTERS
ORTSBAUAMT
LAGEPLAN 16.10.1990

Anlage 3 zur Satzung über die

Zulässigkeit von Satellitenempfangs- und Antennenanlagen

Zusammenstellung der Straßenzüge, die aufgrund Ihrer Nutzung oder der Eigenart der Umgebung einem

- reinen Wohngebiet (§ 3 BauNVO)
- allgemeinem Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
- Dorfgebiet (§ 5 BauNVO)
- Mischgebiet (§ 6 BauNVO) oder
- Kerngebiet (§ 7 BauNVO)

entsprechen.

Hofackerstraße, Ledergasse, Haubersbronner Straße, Burgstraße, Schrödergasse, Webbach, Beckengasse, Hohenackerstraße, Uferstraße, Brunnenstraße, Kelterweg, Kirchgasse, Wittumstraße, Gartenstraße, Mühlstraße, Friedhofstraße, Mittlere Klinge, Bildackerstraße, Hohbergweg, Grünlandstraße, Größenwiesenweg, Polarstraße, Widerscheinstraße, Spitalgasse, Rosenstraße, Lerchenstraße, Wolfsgasse, Bärenhofstraße, Hauptstraße, Ostlandstraße, Talstraße, Schraienstraße, Schorndorfer Straße, Bachstraße, Schießgasse, Konrad-Hornschuch-Straße, Neumühleweg, Seestraße, Maiergartenstraße, Wilhelmstraße, Adalbert-Stifter-Straße, Kleines Feldle, Austräße, Kindergartenweg, Höfle, Grenzweg.

Erstellt, Urbach, 18.08.1993


- Wilhelm -

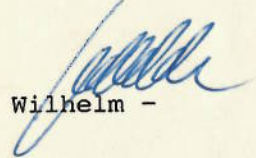
Anlage 4 zur Satzung über die

Zulässigkeit von Satellitenempfangs- und Antennenanlagen

Zusammenstellung der Straßenzüge, die aufgrund ihrer Nutzung oder der Eigenart der Umgebung einem Industrie- oder Gewerbegebiet entsprechen.

Wasenstraße, Talstraße, Wiesenstraße, Wasenmühle, Remsweg.

Erstellt, Urbach, 18.08.1993


- Wilhelm -